

Auswertung der repräsentativen Umfrage von infratest dimap zu Klimagerechtigkeit und politischer Bildungsarbeit in Berlin

Berliner*innen fordern mehr Maßnahmen für Klimaschutz – das Land Berlin trägt Verantwortung für Klimaschäden im Globalen Süden

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER), 4. Juni 2020

Nur ein Drittel der Berliner (36%) ist zufrieden mit den Berliner Maßnahmen für den Klimaschutz. Die **Hälfte der Befragten** (50%) findet, das Land Berlin unternimmt zu wenig für den Klimaschutz. Die **Verantwortung des Landes Berlin für Klimaschäden** in Ländern des Globalen Südens bewerten 61% der Berliner*innen als groß oder sehr groß. Bei den jüngeren Berliner*innen (unter 40 Jahre) sind es sogar fast drei Viertel der Befragten. Die jüngeren Berliner*innen sind es auch, die mehrheitlich möchten (48% dafür, 42% dagegen), dass die Pop-Up-Radwege über die Corona-Pandemie hinaus beibehalten werden.

Insbesondere Berliner*innen mit niedrigem Bildungsniveau sind besorgt darüber, dass durch die Corona-Pandemie die politische Bildungsarbeit in Berlin längerfristig leidet.

Zu diesen Ergebnissen kommt die **repräsentative Studie „Klimagerechtigkeit in Berlin“**, die das **Meinungsforschungsinstitut infratest dimap** im Auftrag des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER) durchführte (April 2020).

„Corona vergrößert Ungleichheiten – auch im Berliner Bildungswesen. Mit entwicklungspolitischer Bildungsarbeit muss jetzt gegengesteuert werden.“

Eléonore Bekamenga, Vorstandssprecherin des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER) für den Verein Nkul Beti

*„Die Berliner*innen sehen eine besondere Verantwortung von Städten wie Berlin für die Bewältigung von Klimaschäden im Globalen Süden. Sie sind aufgefordert, die Klimaschutzanstrengungen im Rahmen von Städtepartnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden zu verstärken.“*

Alexander Schudy, Geschäftsführer BER

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.
Am Sudhaus 2
12053 Berlin

T 030 – 42 85 15 87
E info@eineweltstadt.berlin
www.eineweltstadt.berlin



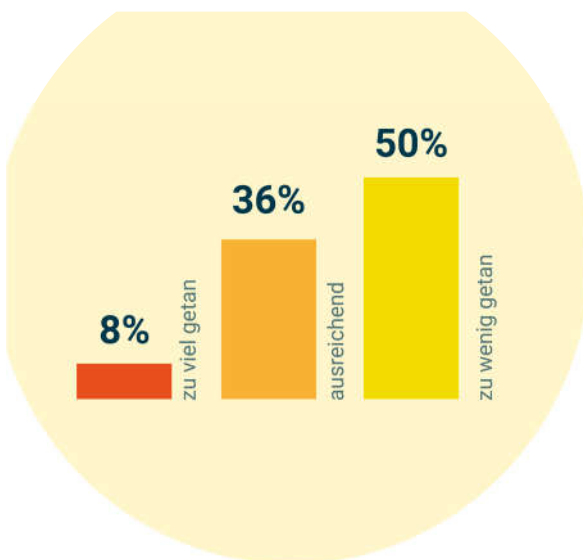
Mit der repräsentativen Umfrage hat der BER erhoben, wie die Berliner*innen – trotz der Corona-Krise – globale Themen wie Klimagerechtigkeit, Verantwortung von Städte wie Berlin für Klimaschäden sowie die politische Bildungsarbeit in der Corona-Krise bewerten.

Detailauswertung der Umfrage

1. Zufriedenheit mit Berliner Klimapolitik

Die Frage lautete: Wie sehen Sie die Klimaschutzpolitik in Berlin? Wird Ihrer Meinung nach in Berlin für den Umwelt- und Klimaschutz zu viel getan, zu wenig getan oder ist der Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt alles in allem ausreichend?

Die Hälfte der Befragten (50%) findet, das Land Berlin unternimmt zu wenig für den Klimaschutz. Nur ein Drittel der Berliner (36%) ist zufrieden mit den Berliner Maßnahmen für den Klimaschutz und findet sie ausreichend. Dabei sind Frauen etwas unzufriedener als Männer mit der Berliner Klimaschutzpolitik. Insbesondere Menschen mit hohem Bildungsniveau finden, es wird zu wenig für den Klimaschutz getan.



Wie zufrieden sind Sie mit der Klimapolitik des Landes Berlin?

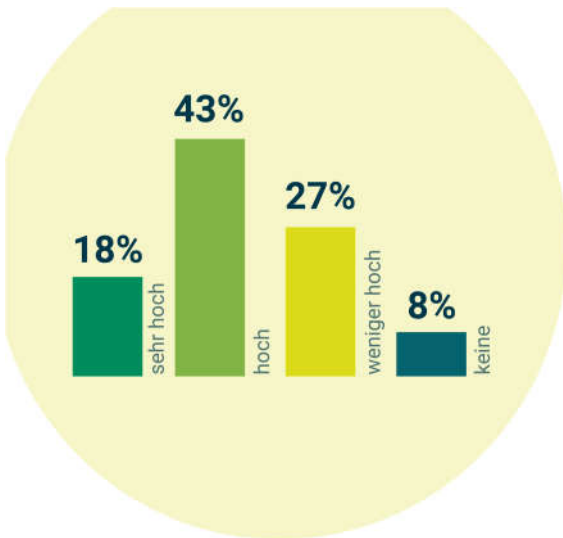
Nur **ein Drittel** der Berliner*innen finden, dass die Maßnahmen der Klimapolitik des Landes Berlin **ausreichen**.

Repräsentative Umfrage von infratest dimap im Auftrag des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER), April 2020, eineweltstadt.berlin

2. Verantwortung Berlins für Klimaschäden in Entwicklungsländern

Die Frage lautet: Wie sehen Sie das: Haben große Städte und Metropolen auf der Nordhalbkugel eine Mitverantwortung für Klimaschäden in den Entwicklungsländern? Ist die Mitverantwortung von Städten wie Berlin hier sehr hoch/ hoch/ weniger hoch/ keine?

Die Verantwortung des Landes Berlin für Klimaschäden in Ländern des Globalen Südens bewerten 61% der Berliner*innen als groß oder sehr groß. Bei den jüngeren Berliner*innen (unter 40 Jahre) sind es sogar fast drei Viertel der Befragten. Eventuell ist hier eine Auswirkung der durch die von jungen Menschen geprägte Fridays for Future Bewegung zu sehen, die auf die Verantwortung der Länder des Globalen Nordens für den Klimawandel aufmerksam macht.



Wie bewerten Sie die Mitverantwortung von Städten wie Berlin für Klimaschäden im Globalen Süden?

61% der Berliner*innen sehen eine sehr hohe oder hohe Verantwortung des Landes Berlin für Klimaschäden im Globalen Süden.

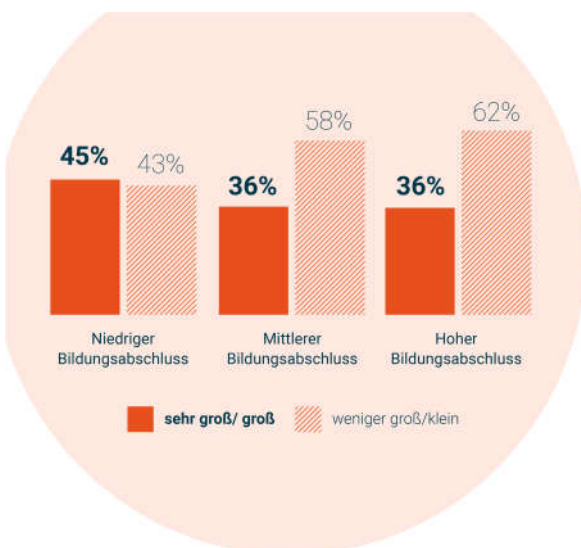
Repräsentative Umfrage von infratest dimap im Auftrag des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER), April 2020, eineweltstadt.berlin



3. Sorge um politische Bildungsarbeit während Corona-Krise

Die Frage lautete: Von den seit Ende März geltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sind auch politische Vereine und Stiftungen betroffen. Wie groß ist Ihre Sorge, dass durch die Corona-Pandemie die politische Bildungsarbeit in Berlin längerfristig leidet?

Insbesondere Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau (45%) sind besorgt darüber, dass die politische Bildungsarbeit nun leidet. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass gerade diese Menschen auf Angebote externer Bildungsträger angewiesen sind.



Wie groß ist Ihre Sorge, dass durch die Corona-Pandemie die politische Bildungsarbeit in Berlin längerfristig leidet?

Insbesondere Berliner*innen mit **niedrigem Bildungsniveau** haben Sorge, dass durch die Corona-Pandemie die politische Bildungsarbeit in Berlin längerfristig leidet.

Repräsentative Umfrage von infratest dimap im Auftrag des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER), April 2020, eineweltstadt.berlin



4. Radwege in Berlin

Die Frage lautete: Wegen der Corona-Krise wurden an verschiedenen Orten in Berlin Radwege zeitlich befristet auf Auto-Fahrs Spuren verlegt oder verbreitert. Sollten diese befristeten Radwege auch nach der Corona-Krise bestehen bleiben oder dann wie geplant wieder aufgehoben werden?

Die Mehrheit (52%) der Berliner*innen spricht sich dafür aus, dass die Pop-Up-Radwege wieder aufgehoben werden. Blickt man jedoch in die Zustimmungswerte der unterschiedlichen Altersgruppen, sprechen sich die jüngeren Berliner*innen mehrheitlich (48%) für die Beibehaltung der Radwege aus. Das ist sicher darin begründet, dass die jüngeren mobiler sind und auch häufiger das Fahrrad nutzen, während ältere Menschen aus Mobilitätsgründen auf das Auto angewiesen sind und sich dafür auch ein gut ausgebautes Straßennetz in Berlin wünschen.



Sollen die befristeten Radwege nach der Corona-Krise bestehen bleiben?

Die **jüngeren Berliner*innen** möchten mehrheitlich, dass die Pop-Up-Radwege über die Corona-Pandemie **hinaus beibehalten werden**.

Repräsentative Umfrage von infratest dimap im Auftrag des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER), April 2020, eineweltstadt.berlin

Der BER lässt jährlich die Berliner*innen zu globalen Themen befragen.

[Hier finden Sie die Befragungen von infratest dimap](#) zu den Themen

- Faires Wirtschaften in Berlin (2019) und
- Globales Lernen in Berlin (2018).

Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) ist ein Netzwerk von mehr als 110 entwicklungspolitischen Gruppen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Berlin für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der BER bietet eine Plattform zum Austausch und zur Qualifizierung der entwicklungspolitischen Arbeit. Er setzt sich gegenüber der Berliner Landespolitik für ein zukunftsfähiges Berlin in einer globalisierten Welt und für eine starke Zivilgesellschaft ein.

www.eineweltstadt.berlin